

Bedingungsloses Grundeinkommen

Analyse und Kritik einer populären Forderung

Als Reaktion auf Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen ist in letzter Zeit die Idee populär geworden, der Staat solle jedem Bürger eine finanzielle Grundsicherung, also ein monatliches Einkommen garantieren. Bis hinauf zum Bundespräsidenten hat diese Idee inzwischen Karriere gemacht.

Die Auskunft, die man einer solchen Forderung entnehmen könnte, ist radikal: Die Wirtschaft ist nicht imstande, die Existenz der Gesellschaftsmitglieder zu gewährleisten. Die nun eigentlich fällige Frage, wozu man sich eine solche Wirtschaft eigentlich noch leisten sollte, wird von den Anhängern des Bürgergeldes aber partout nicht gestellt.

- Unternehmen entlassen nicht *obwohl*, sondern *damit* sie Gewinne machen. Deshalb leben nicht nur in der Krise, sondern auch in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums immer weniger Menschen von Lohnarbeit. Der Rest ist arbeitslos.
- Ein *Großteil* der Arbeitslosen ist „nicht vermittelbar“ und „langzeitarbeitslos“, wird also von der Geschäftswelt dauerhaft nicht (mehr) gebraucht. Was soll mit denen angefangen werden? Sie einfach eigenen Überlebensstrategien zu überlassen, verursacht Ordnungsprobleme. Und sie irgendwie zu unterhalten und zu „betreuen“ kostet.

Mit solchem „Realismus“ haben Menschenfreunde verschiedenster Provenienz ein Problem entdeckt und seine Lösung: Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen soll jedem Staatsbürger, unabhängig davon, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, eine fixe Geldsumme für den Lebensunterhalt ausgezahlt werden.

- Für Ökonomen kosten die sowieso sinn- und nutzlosen Arbeitsvermittlungsbemühungen unnötig Geld. Für Soziologen und Sozialkritiker besteht das Elend der Überflüssigen nicht in der Armut, sondern im Verlust von Sinn und Selbstbestimmung, und der Gesellschaft gehen Ressourcen und Zusammenhalt verloren, wenn sie ihre Mitglieder nur nach Maßgabe bezahlter Arbeit „wertschätzt“.
- Alle Befürworter des Grundeinkommens haben eines gemeinsam: das grundlegende Prinzip, dass die Vermehrung von investiertem Kapital der Zweck der Ökonomie ist, soll nicht abgeschafft werden. Dennoch wollen sie etwas Neues etablieren: Das Überleben der Besitzlosen soll nicht mehr nur von der Honorierung ihrer Dienste für das Kapital abhängen, sondern generell eine Abteilung des Staatshaushalts werden.

Alle Befürworter des Grundeinkommens kennen deshalb ein „Finanzierungsproblem“ und machen Lösungsvorschläge *dafür*.

Die Kosten für das Grundeinkommen dürfen den Geschäftserfolg nicht beeinträchtigen, schließlich liefert dieser das Material für die Staatseinnahmen. Deshalb fällt jedes vorgeschlagene Grundeinkommen lächerlich niedrig aus.

Folgende Fragen stellen sich:

- Worin soll die Verbesserung der Armenbetreuung bestehen, wenn „Experten“ vorrechnen, dass die Kosten für das Grundeinkommen den Aufwand für das bisherige Sozialsystem nicht übersteigen?
- Wem nützt es, wenn der Lohn nur noch Zubrot zur staatlich definierten und finanzierten Minimal“versorgung“ ist?
- Wieso gilt es als menschenfreundlich, festzustellen, dass „der Reichtum in dieser Gesellschaft ständig zunimmt“, um dann die Bevölkerung mit einer Grundversorgung zu versehen, die „Verhungern und Obdachlosigkeit“ verhindern soll?
- Und wie kriegt man es hin, dieser Form von staatlicher Elendsorganisation „Sinnstiftung“ und „Befreiung“ zu attestieren?

Zur Analyse des bedingungslosen Grundeinkommens laden wir ein:

Vortrag und Diskussion:

Mittwoch, den 1. Februar 2006, 20:15h

in der Jos-Fritz Buchhandlung,

Wilhelmstr. 15